



LAND BRANDENBURG

Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit  
Abteilung Arbeitsschutz | Postfach 90 02 36 | 14438 Potsdam



29381/24/1

Landesamt für Umwelt  
Abteilung T 1, Referat T 12  
Genehmigungsverfahrensstelle Süd  
Postfach 60 10 61  
14410 Potsdam

<b>EINGANG</b>							
Landesamt für Umwelt							
25. MRZ. 2025							
Az:							
P	S	X	T2	W1	W2	N	GR

Landesamt für Arbeitsschutz,  
Verbraucherschutz und  
Gesundheit  
Abteilung Arbeitsschutz

Horstweg 57  
14478 Potsdam

Bearb.: Frau Nemetschke  
Gesch.-Z.: 071-A\_310-3021/2025-  
1318/001  
CP 200300738  
(Bitte stets angeben)

Telefon: 0331 8683-444  
Telefax: 0331 27548-1827

<https://lavg.brandenburg.de/arbeitsschutz>  
[office.sued@lavg.brandenburg.de](mailto:office.sued@lavg.brandenburg.de)

Cottbus, 21.03.2025

**Stellungnahme zum Genehmigungsverfahren nach BImSchG**  
**Reg.-Nr.: 50.115.00/24/1.2.2.2V/T12 und 50.115.Z0/24/1.2.2.2V/T12**

Anlagen: Antragsunterlagen (2 CDs); E-Mail vom 05.03.2025; E-Mail vom 07.03.2025; E-Mail vom 12.03.2025

Vorhaben: Errichtung und Betrieb eines BHKWs mit Kläranlage, An der Birkenpfuhlheide 2, 15837 Baruth/Mark

Antragsteller: Stadt Baruth/Mark, Werkleitung des Eigenbetriebs WABAU, Vertreten durch Herrn Frank Zierath, Ernst-Thälmann-Platz 4, 15837 Baruth/Mark

Der Erteilung der Genehmigung steht hinsichtlich der Belange der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit sowie chemikalienrechtlicher Belange nichts entgegen, wenn das Bauvorhaben entsprechend den eingereichten Unterlagen errichtet wird.

Um Übersendung einer Durchschrift der Genehmigung in zweifacher Ausfertigung wird gebeten.

**Hinweis Arbeitsschutz**

1. Während der Planung der Ausführung des Bauvorhabens ist für die bauliche Anlage eine Unterlage zu erarbeiten, in der die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz für mögliche bzw. notwendige spätere Arbeiten (Reinigung, Instandhaltung, Wartung, Montage, Demontage usw.) festgelegt und dokumentiert sind (§ 3 Abs. 2 Nr. 3 Baustellenverordnung i. V. m. RAB 32 Unterlage für spätere Arbeiten).



Zertifikat seit 2021  
audit berufundfamilie

Bei der Durchführung Ihres Bauvorhabens ist die Baustellenverordnung zu beachten. Darin wird u. a. gefordert, dass

- die Baustelle ab einem voraussichtlichen Umfang von mehr als 30 Arbeitstagen und mehr als 20 gleichzeitig tätigen Arbeitnehmern oder mehr als 500 Personentagen dem Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit zwei Wochen vor ihrer Einrichtung anzukündigen ist;
- ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan zu erstellen ist, falls die Baustelle anzukündigen ist oder gefährliche Arbeiten durchgeführt werden;
- ein Koordinator unabhängig vom Umfang zu bestellen ist, falls auf der Baustelle mehrere Auftragnehmer tätig werden.

Um der genannten Vorankündigungspflicht nachzukommen, kann das Formular des nachfolgenden Links genutzt werden.

<https://lavg.brandenburg.de/lavg/de/arbeitsschutz/formulare/bauvorankuendigung/>  
#

### **Hinweise Chemikalienrecht**

1. In dem Vorhaben soll eine Trafostation in Betrieb genommen werden. Elektrische Schaltanlagen müssen im Einklang mit der Verordnung (EU) 2024/573 stehen.

Für elektrische Schaltanlagen, die fluoridierte Treibhausgase als Isolier- oder Schaltmedien nutzen oder zu ihrem Funktionieren benötigen, gelten nach Art. 13 Abs. 9 der Verordnung (EU) 2024/573 folgende Verbote für die Inbetriebnahme gestaffelt nach Spannungsebenen:

- Elektrische Mittelspannungsschaltanlagen zur Primär- und Sekundärverteilung bis  $\leq 24$  kV: Verbot ab 01.01.2026
- Elektrische Mittelspannungsschaltanlagen zur Primär- und Sekundärverteilung von  $> 24$  kV bis  $\leq 52$  kV: Verbot ab 01.01.2030
- Elektrische Hochspannungsschaltanlagen zur Primär- und Sekundärverteilung von  $> 52$  kV bis  $\leq 145$  kV und Kurzschlussstrom  $\leq 50$  kA mit fluoridierten Treibhausgasen mit Global Warming Potential (GWP)  $\geq 1$ : Verbot ab 01.01.2028
- Elektrische Hochspannungsschaltanlagen zur Primär- und Sekundärverteilung von  $> 145$  kV oder Kurzschlussstrom  $> 50$  kA mit fluoridierten Treibhausgasen mit GWP  $\geq 1$ : Verbot ab 01.01.2032

Die Ausnahmen von diesen Verboten sind in Art. 13 Abs. 11, 12, 14 oder 15 der Verordnung (EU) 2024/573 definiert.

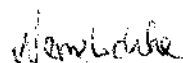
2. In Abschnitt 15.1 „REACH-Pflichten,“ geben Sie an, dass Sie keine Kandidatenstoffe gemäß Art. 59 Abs. 10 Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 verwenden. Aus dem Sicherheitsdatenblatt des Gemisches „Spurenelemente, Bio-Tec 11“ Abschnitt 3.2 Tabelle „SVHC“ ergibt sich jedoch, dass in dem Gemisch die Kandidatenstoffe Cobalt(II)-chlorid-Hexahydrat (7791-13-1) und Borsäure (10043-35-3) enthalten sind. Sollten diese Stoffe in von Ihnen gelieferten Erzeugnissen in einer Konzentration von mehr als 0,1 Massenprozent enthalten sein, ist die Pflicht zur Weitergabe von Informationen über Stoffe in Erzeugnissen zu beachten.

**Hinweis zur Gebührenerhebung für eingeschlossene Entscheidungen nach § 13 BImSchG**

Im Rahmen der Stellungnahme des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit sind **keine Gebühren** für öffentliche Leistungen im Sinne von § 2 GebGBbg angefallen.

Freundliche Grüße

Im Auftrag



Nemetschke